

Weniger Sozialhilfe im "Detroit der Ostschweiz"

Autor(en): **Kneubühler, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **24 (2017)**

Heft 268: **67**

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-884144>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Rorschacher Stadtpräsident war 2014 in allen nationalen Medien präsent. Sein grosses Thema: die Kosten der Sozialhilfe.

TEXT: ANDREAS KNEUBÜHLER

Um es gleich klarzustellen: Dabei handelt es sich nicht um ein Scheinproblem.

In Rorschach lebt eine grosse Zahl von Sozialhilfeempfängern. Das hat mit dem Angebot an günstigem Wohnraum zu tun. Durch den Niedergang der Stadt wirkten sich die Ausgaben im Budget stark aus. In einem Artikel der «Weltwoche» von 2014 steht: «Rorschach ist das Detroit der Ostschweiz.»

Dazu ein paar Zahlen: 2012, bevor das Thema hochkochte, lag in Rorschach der Anteil der Sozialhilfebezüger an der Wohnbevölkerung bei 4,3 Prozent. Das war der höchste Wert aller Gemeinden. Danach folgte St.Gallen mit 4,1 Prozent.

Knall ohne Folgen

Seit 2003 ist Thomas Müller (SVP) Stadtpräsident von Rorschach. Um die Probleme Rorschachs auf die nationale Landkarte zu setzen, reichte ihm ein Knalleffekt.

Im April 2013 gab Rorschach als erste Gemeinde überhaupt den Austritt aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) bekannt. Müllers Vorwurf: Die SKOS vertrete vor allem die Sozialhilfeempfänger.

Der Schritt hatte keine konkreten Folgen. Im Kanton St.Gallen richten sich die Gemeinden nicht nach den Sätzen der SKOS – sondern nach denjenigen der St.Gallischen Konferenz für Sozialhilfe (KOS), die tiefer liegen und nicht verbindlich sind.

Im August 2014 wurde bekannt, dass Rorschach und Rorschacherberg schon länger tiefere Sozialbeiträge auszahlen als von der KOS empfohlen – und zwar bereits seit 2003. Die Sache wurde publik, weil St.Margrethen den gleichen Schritt vollzog – und dabei auf die beiden Vorgänger-Gemeinden verwies.

Die Kosten für die Sozialhilfe waren da längst ein nationales Medienthema geworden. Im September 2014 befassten sich in der gleichen Woche «Rundschau» und «Arena» damit. Prominent dabei: Thomas Müller. Im «Rundschau»-Beitrag erklärte er: «Als ich in Rorschach angefangen habe, waren wir eine typische A-Stadt: Arme, Alkis, Alte.»

Die Stadt habe 40 Prozent der Einwohner verloren. Der Turnaround sei jetzt zwar geschafft, doch nun gebe es ein neues Problem: «Die steigenden Kosten für die Sozialhilfe». Müller argumentierte, es sei legitim, die Armen loswerden zu wollen. Gemeinden mit tiefen Steuersätzen nähmen schliesslich auch keine Rücksicht.

Danach galt Thomas Müller als der rechtsbürgerliche Experte für Sozialhilfe. Als sich die «NZZ» ebenfalls im Herbst 2014 des Themas annahm, schrieb sie, Müller habe «fast im Alleingang die Debatte über die Ausgestaltung der Sozialhilfe provoziert». Im Artikel stellte Müller fest: «Die SKOS-Richtlinien züchten eine Anspruchsmentalität herbei, die es zu korrigieren gilt».

Sozialhilfestreit mit St.Gallen

Im November 2014 wurde Müller von der SVP-Delegiertenversammlung einstimmig als Kandidat für die Ständeratswahl im folgenden Herbst nominiert.

Im Februar 2015 kam es zu einem Rechtsstreit mit der Stadt St.Gallen. Der Vorwurf an Rorschach: Die Behörden dort hätten verhindert, dass sich eine Sozialhilfe-Bezügerin anmelden konnte – bis diese wieder nach St.Gallen zog. In einem Artikel des «Beobachters» wird geschildert, dass der Stadtpräsident persönlich bei Vermietern interveniert haben soll.

Im November 2015 verlor Thomas Müller im zweiten Wahlgang gegen Paul Rechsteiner (SP) den Kampf um den zweiten St.Galler Ständeratssitz. Das Thema Sozialhilfe war in den Medien längst von den steigenden Flüchtlingszahlen abgelöst worden.

Bald darauf legte die St.Galler Regierung ein überarbeitetes Sozialhilfegesetz vor. Der Kantonsrat hat es inzwischen in der Februarsession 2017 fertig beraten. Versuche der SVP, den Spielraum der Gemeinden bei der Festsetzung der Beiträge auszuweiten, fanden keine Mehrheiten. Im Gegenteil: Neu erhält die Regierung die Möglichkeit, die Richtlinien der KOS unter bestimmten Bedingungen für verbindlich zu erklären – etwa wenn sich mehrere Gemeinden nicht daran halten sollten.

Der Streitfall mit der Stadt St.Gallen schwelt nach wie vor. Die erste Instanz entschied zugunsten der Hauptstadt, doch dann zog Rorschach den Fall ans Verwaltungsgericht weiter. Dessen Urteil stand bis Redaktionsschluss noch aus.

Der Ausgleich funktioniert

Hat Rorschach Arme systematisch vertrieben? Auf Nachfrage erklärt der St.Galler Stadtrat Nino Cozzio: «Wir haben keine systematischen Abweisungen einer einzelnen Gemeinde beobachtet. Es dürfte sich damit eher um einen Einzelfall handeln.»

Das Bild, dass Rorschach mit seinen hohen Sozialkosten allein gelassen wird, stimmte nie. Im Kanton St.Gallen gibt es ein komplexes System mit Ausgleichszahlungen, die auch solche Mehrbelastungen zumindest im Ansatz korrigieren. Für 2017 rechnet Rorschach mit einem Beitrag von 1,2 Mio. Franken aus dem Soziallastenausgleich.

Immer klarer zeigt sich, dass die unter Thomas Müller umgesetzte aktive Liegenschaftspolitik das Gesicht Rorschachs massgeblich verändern wird. Mitte Mai wurde etwa ein Projekt für 54 neue Wohnungen vorgestellt. Das Areal, das nun an Investoren abgegeben wird, hatte die Stadt 2012 der Alcan abgekauft.

Und die hohe Zahl der Sozialbezüger? Daran änderte sich bislang nichts. Auch 2015, bei der letzten Auswertung, wies Rorschach den höchsten Wert im Kanton aus: Die Sozialhilfequote lag dort bei 4,5 Prozent, diejenige von St.Gallen bei 4,2 Prozent.

Viel Lärm also um ein kaum lösbares Problem? Nicht für die Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe. Sie müssen seit 13 Jahren in Rorschach und Rorschacherberg – und seit 2013 in St.Margrethen – mit einem tieferen Existenzminimum auskommen.

Andreas Kneubühler, 1963, ist Journalist in St.Gallen.